

RP und Umweltminister unbeeindruckt

Unterschriften gegen „ökologische Flutungen“ gehen morgen zum Regierungspräsidium

Rheinhausen (heb). Geht es dem Ende des Kampfes gegen die „ökologischen Flutungen“ durch die vier beteiligten Gemeinden Rheinhausen, Weisweil, Wyhl und Sasbach sowie der BI „Polder Wyhl/Weisweil – so nitt“ entgegen?

Neben der groß angelegten Unterschriftenaktion in den vier Kommunen - mit inzwischen einigen Tausend Signaturen - wurden auch Landespolitiker sensibilisiert und überzeugt. Das wiederum hatte sich in einem Brief an Landesminister Franz Untersteller ausgewirkt. Des Weiteren gab es einen offenen Brief an die Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer.

Unterschriften ohne Wirkung?

Alle vier Rathauschefs engagieren sich zum Wohle der hier lebenden Bevölkerung und setzen derzeit alle Hebel in Bewegung, aber jetzt flatterte pünktlich zum Wochenende Post ins Haus.

Zum einen eine Einladung für den morgigen Donnerstag, 13. Dezember um 16 Uhr 30 im Basler Hof im Foyer (Erdgeschoss) zur Übergabe der Unterschriften. Zum anderen ein Brief von Minister Franz Untersteller an MdL Manuel Hagel - der sich bekanntlich stark engagiert hatte für die Schlutenlösung. Hierin heißt es: „Man habe sowohl die „ökologischen Flutungen“, als auch die „Schlutenlösung“ als Bestandteil der Planfeststellungsunterlagen untersucht. Dabei würden in der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) beide Methoden auch hinsichtlich ihrer Wirkung ausführlich dargestellt.“

Minister weiter auf Distanz

Auf Nachfrage bei den Bürgermeistern wird verwiesen, dass ihnen die Ergebnisse der UVS noch

immer nicht vorliegen. Untersteller verweist in seinem Schreiben auf die „seit 30 Jahren funktionierenden ökologischen Flutungen im Polder in Altenheim und dass diese tatsächlich funktionieren“. Untersteller verweist Hagel darauf, dass man an einem Punkt angelangt sei, an welchem die Argumente im Detail ausgetauscht sind. Jetzt müssten die noch offenen Planfeststellungsverfahren zügig abgeschlossen werden, um so im nächsten Schritt mit dem Planfeststellungsverfahren zu beginnen.

Abgeordnete pro Schlutenlösung

Bezugnehmend auf diesen Brief schrieben die Bürgermeister am Freitag, hier federführend Dr. Jürgen Louis allen Abgeordneten der Region. Man dankte dabei den Politikern für deren großen Einsatz und „das klare Bekenntnis für eine Schlutenlösung als die Naturnähere und den Interessen der Menschen besser dienende Lösung für den Rückhalteraum Wyhl/Weisweil“. Die öffentliche Meinung und die Presseberichterstattung sei ganz auf unserer Seite, heißt es weiter. „Leider bleiben Umweltminister Untersteller als auch Regierungspräsidentin Schäfer bei ihrer Vorfestlegung für ökologische Flutungen, wie wir dem Antwortschreiben des Ministers auf die Eingabe von Herrn Hagel und Frau Gentges entnehmen mussten“.

RP-Antrag am 18. Dezember?

Wie das Landratsamt Emmendingen als zuständige Planfeststellungsbehörde informell zur Kenntnis gegeben hat, wird das Regierungspräsidium Freiburg die Antragsunterlagen mit ökologischen Flutungen am 18. Dezember 2018 einreichen. Das von den Abgeordneten geforderte Moratorium bis zu einem Vorort-

Besuch des Unterausschusses interessiert den Vorhabenträger offenkundig nicht.

Monitoring als Alternativvorschlag

Die vier Bürgermeister der betroffenen Gemeinden haben sich ebenfalls an Umweltminister Untersteller gewandt und einen vermittelnden Vorschlag vorgestellt. Das Regierungspräsidium Freiburg, allen voran Regierungspräsidentin Schäfer argumentiert, dass nur die ökologischen Flutungen dem Land Rechtssicherheit geben würden. „Wir haben nun in Abstimmung mit einem Fachanwalt für Verwaltungsrecht, der sich schwerpunktmäßig mit Fragen des Planfeststellungsrechts befasst, einen Vorschlag erarbeitet, der das Interesse des Landes nach einem Recht zur flächigen Flutung des Rückhalterums aufgreift. Danach würde das Land das Recht zu ökologischen Flutungen erhalten, begonnen werden soll jedoch mit einer Schlutenlösung. Nach zehn Jahren werden im Rahmen eines Monitorings die Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt anhand von naturschutzfachlich im Planfeststellungsbeschluss definierten Zielen bewertet. Anschließend wird abhängig von diesem Ergebnis neu festgelegt, ob der Wasserabfluss beibehalten, erhöht oder reduziert wird. Nach weiteren zehn Jahren erfolgt ein weiteres Monitoring“.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Aktuell wartet man noch auf die Antworten einiger weiterer Briefe, die an Franz Untersteller geschrieben wurden. Ob sich das Blatt noch für die vier Gemeinden und die Bürger hier in der Region wendet, bleibt kaum mehr zu hoffen - aber wie heißt es bekanntlich: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Heike Scheiding-Brode